



## Zwischen Zukunftsvision und Alltagsrealität

25 Jahre  
Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung  
des Landes Nordrhein-Westfalen

# ... zur Gründung des Instituts im Jahre 1971



Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrte Frau Kollegin!  
Meine Damen und Herren!

Wir feiern das 25-Jahrs-Jubiläum dieses staatlichen Forschungsinstituts und als Gründer gehöre ich natürlich gern zu den Gratulanten.

## Die Institusgründung

Die wenigen verfügbaren Akten belegen: In der Staatskanzlei brauchten wir für die Entscheidung zur Gründung dieses Instituts jedenfalls weit weniger Zeit als für die rekonstruierende Suche nach den Akten darüber.

## Der Stellenwert der Landesplanung

Zur Gründungsgeschichte gehört die Situation, der damalige politische Stellenwert der Landesplanung in Nordrhein-Westfalen von der Mitte der Sechziger bis in die Mitte der Siebziger Jahre.

In seiner ersten und seiner zweiten Regierungserklärung hatte Ministerpräsident Heinz Kühn seiner Regierungszentrale, der Staatskanzlei, die Landesplanung gesichert und klargemacht, daß er die Landesplanung zur Stabsstelle für die Landespolitik ausbauen wollte, wie er es nannte, »von der Landesplanung zur Landesentwicklungspolitik«!

An der Geltung dieser Entscheidung hat es denn auch zehn Jahre lang keinen Zweifel gegeben. Zu keiner Zeit hatte in unserem Lande die Landesplanung einen höheren Stellenwert und einen höheren Einfluß auf die Landespolitik.

## Höhepunkte der Landesplanung

Die Höhepunkte einer weit über die bisherigen administrativen und politischen Möglichkeiten hinausgehenden

Landesplanung waren außer den regelmäßigen Entscheidungsvorschlägen im Einzelfalle

- das Entwicklungsprogramm Ruhr gleich nach dem Regierungsantritt Kühn,
- das Nordrhein-Westfalen-Programm gegen Ende der ersten Legislaturperiode und
- die kommunale Gebietsreform in der zweiten Legislaturperiode.

## Hohe administrative Anforderungen an die Landesplanung

Die inhaltlich und quantitativ sehr hohen, ungewohnt hohen Ansprüche, die die politische Leitung an die Mitarbeiter der Landesplanung stellen mußte, kann man getrost als Überforderung bezeichnen. Daß die Mann-



schaft dennoch mitzog, beruht wesentlich auch darauf, daß sie endlich den Wert ihrer Arbeit bestätigt fand. Und ihre Forderung nach einer den massiv gewachsenen Ansprüchen entsprechenden instrumentellen Verstärkung war vollauf begründet. Damit sind wir mitten in unserem Thema.

### **Entschiedener Ausbau der obersten Landesplanungsbehörde**

Die Verstärkung der Obersten Landesplanungsbehörde in der Staatskanzlei hatte 1970 ihr vertretbares Maximum

erreicht, sowohl was die Organisation der ministeriellen Arbeitseinheiten als auch, was Zahl und Rang der Mitarbeiter anging wie auch, was wohl wichtiger war, deren Qualität.

Um den Anforderungen an die Landesplanung gerecht zu werden, hatten wir den organisatorischen und personellen Ausbau in der Staatskanzlei vorangetrieben und die Möglichkeiten der auf diesem Wege erreichbaren Leistungsverbesserungen ausgeschöpft.

Weitere personelle Verstärkung war nicht sinnvoll und nicht vertretbar. Nicht sinnvoll, weil die optimale

Größe einer leistungsfähigen Stabs-einheit offensichtlich erreicht war. Dies galt nicht nur für die Landesplanung speziell, sondern auch für die Staatskanzlei als Ganzes. Nicht vertretbar, weil die Behörde des Ministerpräsidenten durch exzessive Personalausweitung kein schlechtes Beispiel geben durfte.

Welche Alternativen blieben?

### **Stärkung der regionalen Landesplanung**

Als eine Alternative lag der Ausbau der regionalen Landesplanung nahe. Aber wir hatten noch nicht die politischen Grundsatzentscheidungen über die Verwaltungsreform auf der regionalen Ebene. Ich verfolgte eher die regionale Dreiergliederung, in der die Aufgaben der regionalen Selbstverwaltung mit denen der regionalen Staatsverwaltung gebündelt werden sollten. Prof. Dr. Fritz Rietdorf, der Innenstaatssekretär, legte dazu eine überzeugende Denkschrift vor. Diese Alternative, die immer wieder einmal hochkommt, hätte aus der speziellen Sicht unseres heutigen Themas den Vorzug der personellen Kontinuität der Landesplanungsgemeinschaften gehabt. Die Landesplanungsabteilung des Ruhrsiedlungsverbandes, internationales Mekka der Planung hätte weiter aktiviert werden können.

Aber die Entscheidungsfindung in dieser Frage war noch so wenig fortgeschritten, daß wir in der Frage unserer Verstärkung der Landesplanung darauf nicht warten konnten und wollten.

### **Inanspruchnahme fremder Forschungskapazität**

Als weitere Alternative prüften wir die Inanspruchnahme vorhandener fremder Forschungskapazitäten. Sowohl bei den eher zersplitterten Hochschulinstituten als auch bei dem Bundesinstitut für Raumforschung ergab sich, daß von uns - bei dem von uns geplanten Auftragsvolumen - Finanzierungszusagen verlangt wurden, die schon rasch dem Haushaltsaufwand für ein eigenes Institut entsprachen.



Für diese letzte Alternative sprach vor allem, daß wir nicht nur die konkreten Aufträge erteilen, sondern selbst die Schwerpunkte setzen konnten. Und eben das wollten wir.

### **Der fachliche Aufgabenbereich des Instituts**

Nicht einfach war die Würdigung des Vorschlages, auch die Umweltforschung einzubeziehen. Dagegen verteilte das zuständige Ressort. Wir folgten diesem Einwand. Daran sind mir inzwischen häufiger Zweifel gekommen. Raumordnung und Umweltschutz haben sich trotz ihres verwaltungsgeschichtlich gemeinschaftlichen Ursprungs miteinander schwer getan. Das Verhältnis der Verfahren und Planarten ist längere Zeit umstritten gewesen und ich bedauere, daß die naheliegende Vereinfachung und Harmonisierung nicht überzeugend gelungen ist. Ein frühzeitiges engeres Zusammengehen hätte nützlich sein können. Die Einbeziehung des Umweltschutzes in die Institutsaufgaben hätte der fachlichen Wiederannäherung nützlich sein können.

Allerdings kann gegen diesen Gedankengang die unzweideutige Tatsache eingewandt werden, daß die Landesplanung im letzten Jahrzehnt in ihrem politischen Gewicht weit hinter den Umweltschutz zurückgefallen ist. Auch die Eingliederung zum Umweltschutzressort hat die Bedeutung der Landesplanung nicht gefördert, - das war ja auch wohl nicht gewollt.

### **Einbeziehung des Städtebaus**

Übereinstimmung in der Staatskanzlei und mit dem Innenressort bestand bei der Einbeziehung der Städtebauforschung in das Institut. Die durch die verwaltungsgeschichtliche Entwicklung bestätigte fachliche Verwandtschaft war das entscheidende Motiv.

### **Die Geburtsstunde des Instituts**

Die wesentlichen Entscheidungen für die Institutsgründung konnten rasch getroffen werden. Vor den Details konnten wir die Absicht bereits im Nordrhein-Westfalen-Programm, also noch in der ersten Legislaturperiode Kühn bekanntgeben.

Diese Geburtstagsveranstaltung zu Ehren des Instituts für Landes- und Stadtentwicklungsforschung wird unvermeidlich aus dem verwaltungsgeschichtlichen Zusammenhang zu einer allgemeinen Würdigung der Landesplanung.

### **Die Landesplaner von 1970**

In der Landesplanung gab es, solange ich mich erinnern kann, zwischen Opposition und Regierungsparteien eine große Sachkoalition, was dankbar anerkannt werden muß.

Nach dem Nestor der nordrhein-westfälischen Landesplanung Herrn Prof. Dr. Ley hatten wir Herrn Prof. Dr. Niemeyer die Leitung der Obersten Landesplanungsbehörde übertragen. Ihm folgte Herr Dr. Gadegast, der sich schon als der Landesplaner des Sied-

lungsverbandes Ruhr bewährt hatte. Leiter des landesplanerischen Grundsatzreferates und Gruppenleiter war Herr Dr. Lowinski, und schließlich der leitende Jurist der Staatskanzlei, später der Landesplanung, Herr Dr. Depenbrock.

Um die Landesplanung im allgemeinen und die Institutsgründung im besonderen hat sich der Leiter der Staatsrechtsabteilung Ministerialdiregent Rombach verdient gemacht.

Der erste Direktor des ILS hat das Institut fast ein Vierteljahrhundert lang geleitet. Herr Dr. von Malchus hat das Institut geprägt und ihm hohe fachliche Anerkennung verschafft. Seine Wahl zum Präsidenten der Akademie für Raumforschung und Landesplanung bestätigt seine eigene hohe Qualifikation und bedeutet zugleich eine Würdigung des ILS.

In seinem Gründungserlaß setzte der Ministerpräsident den Gründungszeitpunkt auf den 1. Mai 1971 fest. Auf ein Gründungsfest verzichteten wir. Ich zog eine kleine Pressekonferenz vor.

Daß ich 25 Jahre später über die Gründung würde zu referieren haben, ahnte ich natürlich nicht. Aber ich genieße den Vorzug, heute den Plan nach seiner Verwirklichung loben zu können und allen an seiner Verwirklichung Beteiligten meinen Dank zu sagen.

Den Mitarbeitern des Instituts gilt mein Gruß. Der Institutsarbeit wünsche ich weiterhin vollen Erfolg.

Glückauf.